

Initiative "Krieg mit den Berufsverboten"

- Arbeitsausschuß -

Ingrid Kurz
2 Hamburg 6
Schanzenstr. 115
Tel. 43 68 64

Stellen Albrecht, Hamburg
Hilke Bethge, Hamburg
Prof. Richard Bueemann, MdL, Plön/H.
Kurt Backe, Kiel
Karl Enderlein, MdL, Tübingen
Karl Gipperich, Leverkusen
Lena Kern, Jena
Ingrid Kurz, Hamburg
Ernst Kofmann, Mettmann

Prof. Theo Schiller, Schrock
Ingrid Schuster, Frankfurt
Eckart Spoo, Hannover
Helmut Stein, Hamburg
Prof. Gerhard Stuby, Bremen
Werner Stürmann, Hamburg
Sonke Wandschneider, Norderstedt
Gerhard Weber, MdBü, Hamburg

Hamburg, den 30. Oktober 1974

PRESSEMITTEILUNG NR. 25

UNO-Menschenrechtskommission behandelt Berufsverbote in der BRD
UNO-Aggression nach Berufsverboten liegt bei der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist von der UNO zur Stellungnahme zu den Berufsverboten in der BRD aufgefordert worden, weil sie eine ernste Bedrohung der Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung sowie der zivilisatorischen Rechte der menschlichen Person darstellen und gegen die in der Erklärung der Menschenrechte, Artikel 2, 18, 19, 21/2 und die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention, Art. 9, 10, 11 und besonders 14, verstoßen. Die zuständige Menschenrechtskommission (Division of Human Rights) des "Rates für Wirtschaft und Sozialwesen" der UNO hat inzwischen die Berufsverbote in der BRD auf Grund einer Initiative der "Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen", Sitz Brüssel, behandelt. Zahlreiche Berufsverbotsfälle liegen der Kommission als konkrete Menschenrechtsverletzungen vor.

Die Reaktion der UNO zeigt erneut von dem großen Interesse, das die Menschenrechtspraxis in der BRD im Ausland findet. Die Bundesregierung sollte gewarnt sein, die internationale öffentliche Meinung durch fortgesetzte Berufsverbote sich aufzubringen.

(16 Zeilen)

Materialbestellung

an Ingrid Kurz
2 Hamburg 6
Schanzenstr. 115
Tel. 43 68 64

Die Initiative/
Gruppe/
Organisation/

Name:
Adresse:
Tel.:

bestellt:

1. Plakate DIN A 1, Preis DM 1,20Exemplare

Versandanschrift: Name:
Anschrift:
Telefon:

2. Plakate DIN A 4Exemplare

Versandanschrift: Name:
Anschrift:

3. Broschüren der Schriftenreihe

Nr. 1 (Kurz-Dokumentation)Exemplare
Nr. 2 (Praxis der Berufsverbote)Exemplare
Nr. 3 (Internationale Dokumente)Exemplare
Nr. 4 (Gewerkschaftstastellungen)Exemplare

Versandanschrift: Name:
Anschrift:

4. Zeitungsflugblatt, Antwort auf 14./15. 11.Exemplare

Versandanschrift: Name:
Anschrift:

Unkostenbeitrag in Höhe von DMwird auf das Konto
Ingrid Kurz, Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg 1499 557700
überwiesen.

Bitte in Rechnung stellen. Rechnung an:

Name:
Anschrift:

Datum Unterschrift:

... mit den konkreten Forderungen der Bevölkerung nach Beseitigung des Lehrerverbot, nach Errichtung von Jugendheimen und ausreichendem Gesundheitsschutz vor... Die 3. Aktionskonferenz bestätigte den allgemeinen Eindruck: Die Kampagne... die Berufsverbote hat an Breite und Tiefe gewonnen. Zahlreiche Rinstellungen... öffentlichen Dienst sind von der demokratischen Öffentlichkeit erzwungen... Immer mehr Bürger sind nicht mehr bereit, die Berufsverbote widerstandslos anzunehmen.

(54 Zeilen)

Hamburg, den 7. Oktober 1974

Initiative "Weg mit den Berufsverböten"
- Arbeitsausschuss -

Stephan Albrecht, Hamburg
Horst Bethge, Hamburg
Dr. Richard Biewermann, MdL, Plön/H.
Kurt Bunke, Kiel
Hilrich Ederlein, MdL, Tübingen
Erhard Gipperich, Leverkusen
Helga Kern, Jelmson
Ingrid Kurz, Hamburg
Ulrich Kolmann, Nettmann

Ingrid Kurz
2 Hamburg 6
Schanzenstr. 115
Tel. 43 68 64

Hamburg, den 30. Oktober 1974

PRESSMITTEILUNG NR. 24

Am Vorabend der 1. Lesung im Bundestag neue Protestwelle
Zahlreiche Sozialdemokraten vom Berufsverbot betroffen
UIG-Anfrage an Bundesregierung

Auf seiner Sitzung am 29. Ju. 74 verabschiedete der Arbeitsausschuss der Initiative Weg mit den Berufsverböten" die folgende Erklärung:
"Für den 14. und 15. November ist die erste Lesung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Beamtenrahmengesetzes, des Deutschen Richtergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsstellung der Soldaten im Bundesgesetz vorgesehen. Vollig zu Recht wehren sich immer mehr Bundesbürger gegen die Berufsverbote, deren gesetzliche Festschreibung jetzt droht. So haben gerade die Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier die geplanten Gesetzesänderungen abgelehnt. Zahlreiche Gewerkschaftskonferenzen der letzten Zeit hatten ähnlich vollert. Im Ausland mehrten sich die Stimmen gegen die Berufsverbote in der BRD: Der Wirtschafts- und Sozialrat als zuständiges Organ der UIG hat die Bundesregierung um Stellung gebeten. Die irrendische Chansonette Juliette Greco sagt, daß "solche Praktiken Vorboten einer verhängnisvollen Entwicklung sein können, die wir aus der Zeit des Faschismus kennen."

Der Arbeitsausschuss der Initiative" bekräftigt seine Ablehnung der Berufsverbote und sieht sich durch die jüngste Praxis darin bestätigt, auch die vorerwähnte sogenannte "Einzelfallprüfung" abzulehnen, weil die praktische Handhabung - die schon nach dem Entwurf der Bundesregierung erfolgt - beweist, daß der Gesinnungsschnüffelerei für und vor Gericht, Grundrechte eingeengt und Legale, demokratische Aktivitäten diskriminiert werden. Immer mehr Bürger der BRD - darunter in letzter Zeit auffallend viele junge Sozialdemokraten - sind betroffen.

Der Arbeitsausschuss der Initiative" appelliert an alle Demokraten in diesem Lande, angesichts der ersten Lesung im Bundestag vielfältig deutlich zu artikulieren, daß immer mehr Bürger der BRD vor dieser Grundgesetzwidrigen Praxis warnen. Er appelliert insbesondere an alle SPD- und FDP-Abgeordneten, angesichts der blindwütigen Forderungen der Demagogie sagen alles was links von CDU und CSU steht, die unheilige Allianz in der Sache mit der CDU in dieser Frage endgültig aufzugeben. Die Opfer sind nicht nur Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter und Kommunisten, Opfer sind auch Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit in diesem Lande."

35 Zeilen

Initiative "weg mit den Berufsverböten"

Ingrid Kurz
2 Hamburg 6
Schwanenstr. 115
Tel. 040/43 68 64

- Arbeitsausschuß -

Pressemitteilung Nr. 23

UVC-Anfrage nach Berufsverböten

Neue Aufklärungs- und Protestaktion

Kommuniqué der 3. Aktionskonferenz gegen Berufsverböte

120 Delegierte der örtlichen Bürgerinitiativen gegen Berufsverböte in der BRD, Vertreter der Jungsozialisten, Junedemokraten, SMAJ, des VdS, SdJ, MSP Spartakus, der Naturfreundejugend, der Humanistischen Union, des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdW), der Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ), Gewerkschafter und Schülervertreter aus verschiedenen Gebieten der BRD berieten am 6.10.74 in Frankfurt/1. Fragen des Kampfes gegen die Berufsverböte auf der 3. Aktionskonferenz.

Dabei wurde bekannt, daß seit 1972 in der ganzen BRD über 250 000 Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst vorgenommen wurden, davon alleine 72179 in Niedersachsen. Inzwischen sind über 300 Berufsverbötsfälle anhängig, darunter besonders in letzter Zeit zahlreiche neue "Fälle", die auch Sozialdemokraten und liberale sowie Gewerkschafter treffen. Der Hamburger Jurist Holmut Stein wies nach, daß die Praxis der sogenannten "Einzelfallprüfung in Anhörungen zeige, daß die Betroffenen in der Wahrnehmung von Grundrechten diskriminiert werden. In den letzten Ablehnungsgründungen würden zunehmend in letzter Zeit Theorienverböte ausgesprochen, und die selbstverständliche demokratische Betätigung der Bürger beamten- und grundgesetzwidrig zu illegalisieren versucht.

Der Sozialundratsabgeordnete Dr. Richard Fincmann bezeichnete Ursache der Kampagne von GdA/CdA und Springer-Pressen die "Angst vor der Renaissance des Marxismus" und den "taktischen Versuch, den Spaltplatz in die demokratische Bewegung und in SPD und FDP zu pflanzen." Der Levrkumener Betriebsrat Erhard Gipperich leitete dar, daß es für die Gewerkschaften in der BRD wichtig sei, gegen die Berufsverböte einzutreten, wenn sie ihre Ziele - Demokratisierung und Mitbestimmung - erreichen wollten.

Prof. Gerhard Stuby erinnerte an den Artikel 25 des Grundgesetzes, daß für die BRD die Einhaltung des Völkerrrechts Verpflichtung sei. Besonders durch den Beitritt der BRD zur UVC sei die Bundesregierung gehalten, u.a. die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte", die 24. Erklärung der UNO, die "Internationale Konvention über die Bürgerrechte" von 1966 einzubalten. Sie alle verbieten eine Diskriminierung aus politischen Gründen. Er berichtete, daß die Initiative bei der UVC erste Erfolge zeitigte: Der "Weg für Wirtschaft und Soziales" habe soeben die Bundesregierung aufgefordert, Stellung zu den Berufsverböten zu beziehen. Per Hamburger Lehrer Horst Bethy begründete die neue Protest- und Aufklärungskampagne: Da es jetzt immer offensichtlicher werde, daß sich die Berufsverböte zwar zunächst gegen Mitglieder der BRD, aber im Kern gegen die Bürgerrechte insgesamt, gegen den Pluralismus in der BRD, gegen alles was liberal sei, richten, werden die Berufsverbötegegner mit einer breiten und konkreten Aufklärung der Bevölkerung antworten.

Auch aus der jüngsten UVC-Grundsetzerklärung gehe hervor, daß Angst um den Demokratisierungsprozeß den Hintergrund der Berufsverböte darstelle.

In den nächsten Wochen und Monaten werden in allen Regionen der BRD spezielle Flugblattaktionen gestartet, vor allem vor Betrieben. Eine zentrale Plakataktion läuft an. Eine neue Welle des Protests ist aus Anlaß der 1. Lesung des Gewerkschafters im Bundestag zu erwarten. Parallele Gespräche mit Abgeordneten, Mandataten, Kommunalbeamten und Multiplikatoren an den jeweiligen Orten werden vorbereitet. Alle Aktionen

...rationale Dokumente
...Gewerkschaftsbeschlüsse und -stellungennahmen (erscheint demnächst.)
...Hefte 1 und 2 sind gut bei den jetzt erforderlichen
...verwendbar. Wir hoffen, sie rechtzeitig ausliefern zu können.
...insbesondere für die Plakate und über-
...den Betrag bzw. Spenden dafür.

...tion:
...Arbeitsverböte in Konstanz, DM 0,50, Konstanz Komitee, per Adr.
...der Universität Konstanz
...verbot Thomas Kumann, BdWi-Sektion Münster per Adresse:
...Initiativkreis c/o Klaus Struwe, 44 Münster, Meinertz-
... 27

Mit freundlichem Gruß

Gcz. Horst Bethge

...bergen bzw. Berichtungen der Adressenliste

...scheine

...teilungen Nr. 23, 24, 25

des BDZV ist, Herr Alfred Neven, die Entlassung wahrnehmen
wollte. (Beifall)

Im anderen Fall, der ein Mitglied unseres Ortsvereins betraf, war
Herr Peter Weiss. Auf Ihren Beitrag des DJV-Kollegen Besser
wurde er in einem Leserbrief an die "Kölnische Rundschau" den
Herausgeber, wie Besser ihr verstanden wissen wollte, in Frage
gestellt. Dieser Leserbrief nicht abgedruckt wurde, wurde der Kollege
nicht in Kenntnis gelassen.

Wir haben es durch eine konsequente Haltung bei der
Ausübung der Rechte der Jugendvertreter schließlich vorstanden,
den Herausgeber dazu zu bringen, dem Mißbrauch unternehmerischer
Interessen Gewissen fügen vorzuschieben. Was uns hier gelungen ist,
gilt uns durch eine ebenso klare Haltung auch bei den Berufs-
verbänden im öffentlichen Dienst gelingen.

Wir werden und Kollegen, wir treten selbstverständlich als Gewerk-
schaft für rechtsstaatliche Prinzipien im öffentlichen Dienst ein,
aber es ist in dem zur Annahme empfohlenen Antrag des Landesbezirks Ber-
lin nicht enthalten. Wenn man hier aber nicht mißverstanden werden will,
so muß man auch sagen, was wir unter rechtsstaatlichen Prinzipien
verstehen. Auch Herr Schleyer spricht vom Rechtsstaat, wenn er uns
die Teilnahme vorschlägt. (Beifall) Auch Herr Schleyer spricht
vom Rechtsstaat, wenn er Hunderttausende Arbeiter und Angestellte
berührt.

Man kann natürlich etwas ganz anderes, wenn wir von Rechtsstaat-
lichkeit reden, und nicht umsonst sprechen wir von der Verwirklichung
des Rechtsstaats. Das was er sich für jeden Diskriminierungs-
fall selbst Gleichheit vor dem Gesetz und keine Benachteiligung
wünscht, ist ein sozialer und weltanschaulicher Ansicht. Das
ist kein Recht der Berufswahl und Berufsausbildung. Das bedeutet
den Dingen über auch soziale und materielle Sicherheit.

Wir sollten wir, wenn ich damit zum Schluß der Tagesordnung vor-
kommen darf, wie das schon einige Kollegen in anderen Punkten ge-
sagt haben, auch bei der Antragsdebatte denken. (Beifall). "

Ich verweise in dieser Auseinandersetzung über die Demagogie.
Die Erklärung des Rechtssekretärs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Herrn Vogel, kommt mir die sozialdemokratische Dort unter
"sozialistische Rundschau": "Die Opposition will in den in Kürze an-
stehenden Beratungen über die Beschäftigung von Radikalen im öffent-
lichen Dienst "Keinen Kompromiß" eingehen. Einzelprüfungen von
Radikalen, wie sie die Bundesregierung vorsieht, seien nicht prak-
tisch. Das heißt nichts anderes, als daß Mitglieder nicht ver-
urteilt werden dürfen, ohne rechtliche Grundlage - vom öffent-
lichen Dienst ausgeschlossen werden sollen. Gerade diese - für
Rechtsstaat nicht haltbare - Praxis lehnen SPD und FDP ab.

Der Herr Vorsitz, Radikalen-Gefahr und Arbeitslosigkeit jetzt in
den öffentlichen Zusammenhängen, kann - sowohl im Blick auf
die Adressierten als auch auf die Öffentlichkeit - nur dann in der Zielrich-
tung auf die Parlamentsdebatte in Bonn - nur als "Panikmacher" be-
trachtet werden."

Der Arbeitsausschuß hat auf seiner Sitzung deshalb die beiliegende
Mitteilung Nr. 24 beschlossen (siehe Anlage) und empfiehlt
den Mitgliedern, soort Maßnahmen zum 14./15. 11. zu beraten und ein-
zusetzen. Das können je nach örtlichen Umständen sein:

1. Versammlungen, Diskussionsveranstaltungen
2. örtliche Demonstrationen wie z.B. am 6. 11. in Kiel oder am

7. 12. in Wiesbaden (Hessische Schülervertretung)

3. Erliefe an Abgeordnete
4. Info-Stände mit Unterschriftensammlung

5. Pressekonferenzen mit Betroffenen / Pressemitteilungen oder -erklä-
rungen. Dabei sollte die UNO-Anfrage, örtliche Fälle und unsere Stell-
nahmen sowie die Erwartungen an den örtlichen Abgeordneten auf-
genommen werden.

6. Flugblattverteilung mit örtlichem Flugblatt zum 14./15. 11.

7. Versuchen Sie bitte auch örtliche Prominent (Pastoren, Journalisten,
Betriebs-/Personalräte, Verbandsfunktionäre) zu Stellungnahmen/Brie-
fen zu gewinnen.

8. Ub rlegen Sie, ob nicht an der Debatte selber oder die Betroffe-
ne(n) aus ihrem Ort teilnehmen könnten (Bitte rechtzeitig Karten
beim Einreisung oder über den örtlichen Abgeordneten anfordern!)

9. Nutzen Sie bitte auch über Vertreter Ihres Komitees alle sonstigen
politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen, um Stellungnahmen
zu erhalten und / oder die Diskussion auf den 14./15. 11. zu bringen.

10. Telefonkampagnen, in denen mehrere Mitarbeiter aktiv werden können.

Wir empfehlen Ihnen bei dieser ganzen Kampagne, entsprechend den Bera-
tungen der 3. Aktionskonferenz in Frankfurt, besonders auf die Praxis der
Berufsverbote und der sogenannten Einzelkinderprüfung konkret hinzuweisen, weil
wir feststellen konnten, daß Einzelkinder zu wenig bekannt sind. Empfeh-
lungswort ist es deshalb, Dokumentationen oder einzelne Schreiben, Pro-
tektionsklausuren etc. besonders an Abgeordnete und Multiplikatoren zu über-
reichen bzw. zu schicken.

III. Verweise Das staatliche Schulkollegium Konstanz hat die Kündigung des Lehrers
Herrn [Name] und Hauptschule Dettlingen, Gerhard Pieper, vorläufig
aufgehoben. Der Paragraf war am zweiten Oktober aus dem Schuldienst
entlassen worden, weil er ein angeblich "Erkenntnis des Innenmini-
sters" hinsichtlich seiner politischen Tätigkeit im Rahmen des MSB
Spartakus und der DJV vorlag. Die Maßregelung Piepers war von den Leh-
rern der Dettlinger Schule und den Eltern seiner Schüler scharf verur-
teilt worden. Die DJV Baden-Württembergs wies am Donnerstag darauf hin,
daß es sich um ein Fallbestand von rund 6 000 Lehrern in Baden-
Württemberg Berufsverbote gegen Paragrafen verhängt werden.

IV. Material: Zur Zeit sind wir völlig "ausverkauft". Da aber zahlreiche
a) Anforderungen für Plakate vorliegen, hat der Arbeitsausschuß beschlo-
sen, sofort Plakate im Format DIN A 1 nachdrucken zu lassen (Hottiv
Nachschub-Kopf). Nachbestellungen sofort (s. Bestellzettel). Kosten
pro Stück: DM 1,20

b) Auch in DIN A 4, geeignet für Einladungen / Flugblattrückseite druck-
bar, sind dieselben Plakate auf Schlagpost nach. Die vorliegenden Bestel-
lungen erhalten den Nachdruck ausgeliefert, um Zeit zu sparen.

c) Bestellzettel, 11. 11. - quasi als Antwort auf die Debatte - erscheint
ein Zeitungsheft. Bestellungen umgehend auf dem Bestellzettel.

c) Schriftverkehr: Die Ihnen z. T. in der Rohfassung schon bekannte
Schriftverkehr ist im Druck. Es erscheint als

Nr. 1 - Kurz-Lokalisation von Berufsverböten für SPD-/FDP-Mitglie-
der und Liste neuester "Fälle"

Nr. 2 - Die Praxis der Berufsverböte (Anhörungen und juristische
Hinweise)